Kurzbericht

Ausschuss für Inneres und Sport

(98. - öffentliche - Sitzung am 4. Februar 2021)

Beratungsthemen:

 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Bundesmeldegesetz sowie zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/8413

Der Ausschuss erörterte die Grundzüge des Gesetzentwurfs und besprach Verfahrensfragen. Er verständigte sich darauf, die Beratung in einer zusätzlichen Sitzung am 9. Februar 2021 fortzusetzen, um den kommunalen Spitzenverbänden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben und dann mit dem Gesetzentwurf das Februar-Plenum zu erreichen.

 Kriterien zur Anerkennung Todesopfer rechter Gewalt anpassen -Überprüfung der offenen Fälle durch wissenschaftliche Untersuchung abschließen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/5637

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. Moria mahnt: Geflüchtete aufnehmen und Lager auflösen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/7511

dazu: Eingabe 02063/02/18

Das Mitglied der Fraktion der Grünen brachte einen Änderungsvorschlag zu dem Antrag ein.

4. Beschlussfassung über einen Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Infektionsschutz in der LAB Bramsche-Hesepe

Der Ausschuss bat die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zu dem Thema.

5. Beschlussfassung über einen Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu Hausdurchsuchungen der Polizeidirektion Oldenburg bei Teilen einer Großfamilie in Niedersachsen und Ermittlungen der "Sonderkommission Clan"

Der Ausschuss bat die Landesregierung, zu dem Thema zu unterrichten, sobald weitergehende Erkenntnisse vorliegen.

 Schriftliche Unterrichtung durch die Landesregierung zu Ereignissen in der Polizeidirektion Osnabrück

Der Ausschuss beschloss nach § 95 a GO LT einstimmig die Vertraulichkeit der mit Schreiben des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport vom 19. Januar 2021 vorgenommenen Unterrichtung.

7. Unterrichtung durch die Landesregierung über die Bewertung der polizeilichen Bearbeitung eines Falles von schwerem sexuellen Missbrauch von Kindern

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.